

Ihre Meinung ist uns wichtig!

- Presseinformation zur Mitgliederbefragung -

Die derzeitige Diskussion um Stuttgart 21 oder der Integration der ausländischen Mitbürger verdeutlicht, dass es in der heutigen Zeit wichtig ist, die Bürgerinnen und Bürger aktiv in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Politik ist nur dann erfolgreich, wenn diese transparent und offen gestaltet wird.

Auch der **CDU-Stadtverband Höxter** tritt für einen **offenen Dialog** ein. Daher führten wir im August 2010 eine Befragung durch. Hierbei konnten sich die Mitglieder des CDU-Stadtverbandes Höxter und die Mitglieder der Jungen Union ihre Meinung zu wichtigen kommunalpolitischen Themen äußern.

Von rd. 600 verschickten Fragebögen konnten **205 Antworten** in die Auswertung einbezogen werden.

Diese Rücklaufquote ist überragend!

Sie zeigt ein Jahr nach der verlorenen Kommunalwahl, dass die CDU Höxter eine vitale Partei ist, die bezogen auf die anstehenden Entscheidungen und Zukunftsfragen Höxters eine klare Position beziehen kann.

Mit dieser Legitimation der Basis möchte die CDU in Höxter zukünftig noch mehr Verantwortung übernehmen und den Bürgern Orientierung bieten.

Nicht zuletzt werden wir in den nächsten Monaten auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Befragung unseren Mitgliedern eine intensive Diskussion anbieten.

Zu den Ergebnissen

1. Konsolidierung des Haushaltes

Wie für eine bürgerliche Partei nicht anders zu erwarten, hält **99 % der Befragten** die **Konsolidierung des Haushaltes für eine wichtige bzw. sehr wichtige Zukunftsaufgabe**.

Für die Erledigung diese Zukunftsaufgabe ergeben sich **drei Handlungsalternativen**:

1. Wir schränken unsere freiwilligen Leistungen ein.
2. Wir streben höhere Einnahmen an.
3. Wir mobilisieren Effizienzreserven bei der Organisation der Verwaltung

2. Freiwilligen Leistungen

Ca. **60 %** der Befragten sind der Auffassung, dass „**Einsparungen bei der Unterstützung der Dorfgemeinschaftshäuser**“ ein wichtiges Thema darstellt. Diese Einsparungen müssen allerdings mit Augenmaß vorgenommen werden. Keinesfalls dürfen die finanziellen Forderungen an die betroffenen Vereine unverhältnismäßig ausfallen. Allerdings muss zukünftig jedem Verein, der städtische Liegenschaften nutzt, klar sein, dass Eigenleistungen und Eigenverantwortung unumgänglich sind. Die Bauförderrichtlinie aus 2008 muss zukünftig den Rahmen darstellen für ein finanzielles Engagement der Stadt Höxter bei den Dorfgemeinschaftshäusern.

Dass dies funktioniert, zeigen die gelungenen Beispiele aus Fürstenu und Stahle. Dort übernahmen der Spielmannszug (Fürstenu) bzw. die Blaskapelle (Stahle) das Eigentum und damit auch das Bewirtschaftungsrisiko ihrer Vereinshäuser. Die Stadt Höxter leistete lediglich eine einmalige Anschubfinanzierung. Nach diesem Muster muss auch in den übrigen Dörfern nach Lösungen gesucht werden.

Auch beim „**Betrieb der Bäder**“ müssen Leistungskürzungen erwogen werden. Bei dieser Frage ging es nicht um die Frage des „Ob“, sondern um die Frage wie zukünftig **beim Betrieb der Bäder Einsparungen** vorgenommen werden können.

Selbstverständlich steht bzw. stand die CDU Höxter zu dem Ergebnis des Bürgerbegehrens. Aber nach dem neuesten Gutachten sieht sich die CDU in ihren alten Positionen bestätigt: das Hallenbad ist wirtschaftlich nicht mehr zu sanieren. Nun müssen erstmal gemeinsam neue Lösungen gesucht werden. Somit hat die Befragung zu diesem Thema eher eine perspektivische Aussagekraft. Gleichzeitig stellen die Antworten und Rückmeldungen der Mitglieder eine gute Grundlage für neue Überlegungen dar.

Immerhin **58 %** der Befragten sprachen sich für **Leistungseinschränkungen beim Bäderbetrieb** aus. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang über die Gründung eines Fördervereins nachzudenken (Vorbild Beverungen). Dieser könnte den Badebetrieb für seine Mitglieder kostengünstiger organisieren als dies bei allgemeinen Öffnungszeiten der Fall ist. Auch über den Umfang der Öffnungszeiten lassen sich Kosten einsparen.

Letztlich muss auch über die Ausstattung der Bäder nachgedacht werden. Ein reines Funktionsbad – vorwiegend ausgerichtet an den Bedürfnissen des Schulschwimmens und des Vereinssportes sowie der Gesundheitsvorsorge - ist kostengünstiger zu errichten und zu betreiben als ein „normales“ Freizeitbad.

Es bleibt zu hoffen, dass sich bei der Planung eines Neubaus alle Beteiligten an diesem Sparsamkeitsprinzip ausrichten.

Dass aber nicht jede Leistungseinschränkung akzeptiert wird, zeigen die Umfrageergebnisse zum Thema „**Standards bei der Pflege der Grünanlagen**“. Rd. **60 %** der Befragten sprechen sich gegen **geringere Standards und damit gegen Leistungseinschränkungen bei der Unterhaltung und Pflege der Grünanlagen**, Spielplätze und Parkanlagen aus. Trotzdem muss der bereits eingerichtete Arbeitskreis „Personalentwicklung und Aufgabenkritik“ sich dieses Thema anschauen. Immerhin sind 55 Mitarbeiter im Bauhof für diese Aufgaben zuständig.

3. Zusätzliche Einnahmen

Für eine konkrete Leistung sind die CDU-Mitglieder durchaus bereit auch höhere Gebühren zu zahlen. Beispielhaft können die Ergebnisse zum Thema Parkraumbewirtschaftung angesprochen werden. So sprechen sich **63 %** der Befragten für eine **konsequentere Parkraumbewirtschaftung** aus. Dies können Gebührenerhöhungen und oder auch die Ausweisung zusätzlicher gebührenpflichtiger Parkplätze sein. Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang, dass man bei der Parkraumbewirtschaftung keine Schlupflöcher zulässt und wegen der Außenwirkung im Vorfeld die Werbegemeinschaft in diese Überlegungen aktiv mit einbezieht.

Keine Zustimmung gibt es für nicht zweckgebundene Steuererhöhungen. So spricht sich die Mehrheit gegen Erhöhungen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer aus.

4. Effiziente Verwaltung

Bei allen Antworten zu diesem Thema und auch aus den sonstigen Rückmeldungen wurde deutlich, dass die Mehrheit der **CDU-Mitglieder** sich in diesem Bereich **deutliche Veränderungen wünschen**.

Hiermit verbunden sind Kosteneinsparungen, eine verbesserte Organisation der Verwaltungsaufgaben und der Wunsch weitere Reserven offen zu legen.

In diesem Zusammenhang sehen viele Mitglieder über **Kooperationen** einen Weg, Verwaltung effizienter zu gestalten.

So sollte im Bereich der **Wirtschaftsförderung** geprüft werden, wie eine Zusammenarbeit mit der GfW (Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Höxter mbH) aussehen könnte.

Das Übernachtungsgewerbe sollte sich aktiver bei der **Tourismusförderung** einbringen.

Ob die Stadt Höxter zwingend eine **eigene Bauaufsicht** benötigt, oder auch in diesem Fall eine Zusammenarbeit mit dem Kreis vorstellbar und sinnvoll ist, muss ebenso unter die Lupe genommen werden.

Ein wichtiges Thema erscheint uns auch die **interkommunale Zusammenarbeit**. Erste Gespräche wurden geführt. Ergebnisse sind allerdings noch nicht in Sicht. Neben einer Zusammenarbeit im Bereich der Kulturorganisation könnten auch die **gemeinsame Nutzung von teuren Maschinen** oder sogar die **Einrichtung und Unterhaltung eines gemeinsamen Bauhofes** vorstellbar sein.

Zusätzlich ist auch denkbar, dass bestimmte **Aufgaben** nicht mehr von der Stadt Höxter wahrgenommen, sondern **ausgelagert** werden.

Im Einzelnen haben sich **93 %** der Befragten für eine **Kooperation im Tourismusbereich** ausgesprochen.

Ebenso sehen **77 %** einen Vorteil, wenn eine **intensivere Zusammenarbeit zwischen Bauhof, Gärtnerei und den Ortschaftsarbeitern** angestrebt wird.

Über **70 %** sind der Auffassung, dass die **Privatisierung** z. B. im Bereich der Verwaltung stadteigener Liegenschaften, ein wichtiges Anliegen ist.

Fast **88 %** können sich eine stärkere **Übertragung von Aufgaben an Ehrenamtliche** vorstellen. Hier wird die Verwaltung gefordert sein, der Öffentlichkeit entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

5. Bilanz des Bürgermeisters

Im Rahmen dieser Befragung interessierte sich der Stadtverbandsvorstand, ob sich seine Bewertung zur Bilanz des Bürgermeisters mit der Einschätzung der Basis deckt. Nach Auswertung der Rückmeldungen kann dies so festgestellt werden.

Im Bereich des **Bädermanagements** stellen die Mitglieder dem Bürgermeister nur ein **vollkommen unbefriedigendes** Zeugnis aus.

Unbefriedigend sind auch die bisherigen Bemühungen zu den Themen Kaufland, Innenstadtgestaltung, Ausbau der Entlastungsstraße und B 64/83 ausgefallen.

Eine **tendenziell bessere Bewertung** – aber immer noch nicht befriedigend – kann beim Thema **Haushaltskonsolidierung** festgestellt werden. Bei dieser Bewertung kann die CDU-Fraktion aber für sich reklamieren, dass der **Haushalt 2010 nur mit der Zustimmung der CDU verabschiedet werden** konnte. Der Bürgermeister verfügte über keine eigene Mehrheit.